



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Berliner Wirtschaft: Notwendige nächste Schritte bei der Verwaltungsreform

Bündnis aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft legt Forderungen vor

27.08.2026 Fachinformation

Zur letzten Sitzung des Round Tables Verwaltungsreform in dieser Legislaturperiode am 26. August 2026 hat ein breites Bündnis aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft Vorschläge für die nächsten Umsetzungsschritte vorgelegt.

„Wir sind so weit wie noch nie aber noch nicht am Ziel. Als breites Bündnis aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft legen wir daher mit dem gemeinsamen Positionspapier Vorschläge für die nächsten Schritte der Berliner Verwaltungsreform vor. Wir fordern den Senat und das Abgeordnetenhaus auf, die begonnenen Reformen bis zur Wahl und nach der Wahl konsequent fortzuführen und weiterzuentwickeln, um die Berliner Verwaltung nachhaltig zu stärken.

Wir sind überzeugt: Eine moderne, leistungsfähige Verwaltung ist eine Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen, für wirtschaftliches Wachstum, für den Wohnungsbau, für erfolgreiche Infrastrukturprojekte und für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik.

Deshalb fordern wir insbesondere...

- eine Weiterentwicklung der Berliner Bezirksverfassung, die den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern wirksame Koordinierungs- und Durchsetzungsrechte gibt und damit schnellere, verbindlichere und ressortübergreifende Entscheidungen in den Bezirksämtern ermöglicht,
- eine Reform der Auswahl und Besetzung von Bezirksamtsmitgliedern, damit fachliche Qualifikation, Führungskompetenz und Verwaltungserfahrung stärkeres Gewicht erhalten,
- den Abbau von Doppelstrukturen und Steuerungshemmnissen zwischen den Verwaltungsebenen für eine wirksame gesamtstädtische Steuerung,
- schnellere Genehmigungs-, Planungs-, Vergabe- und Verwaltungsverfahren für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen,
- eine konsequente Digitalisierung und datenbasierte Steuerung der Berliner Verwaltung sowie ein modernes Personalmanagement

Um dies zu erreichen, braucht es wieder einen kooperativen Arbeitsprozess, der alle Ebenen der Verwaltung und die Zivilgesellschaft einbezieht. So konnten die bisherigen Fortschritte erreicht werden und so lassen sich auch die weiteren Probleme lösen.

Wir erwarten daher von den zukünftigen Koalitionspartnern, diese kooperativen Arbeitsprozesse auch künftig Teil eines erfolgreichen Regierungshandelns zu machen.

Gerade Unternehmen, soziale Einrichtungen sowie Bürgerinnen und Bürger sind auf eine Verwaltung angewiesen, die verlässlich, transparent und effizient arbeitet. Klare Zuständigkeiten, einheitliche Verfahren und planbare Bearbeitungszeiten stärken den Wirtschaftsstandort Berlin und verbessern zugleich die Qualität öffentlicher Dienstleistungen.

Wir vertreten gemeinsam große Teile der Berliner Wirtschaft, der Wohnungswirtschaft, der Bau- und Planungsbranche, des Handwerks, der Finanzwirtschaft, der Logistik, der Digitalwirtschaft sowie der organisierten Zivilgesellschaft. Auch weiterhin bringen wir unsere Perspektiven und Anregungen konstruktiv ein, um das Vorhaben zu unterstützen.

Für uns bleibt die Reform Top-Thema!“

Unterzeichnende:

- Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin-Brandenburg e. V.
- Architektenkammer Berlin
- BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V.
- DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
- DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.
- Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
- EXPO 2035 Berlin GmbH
- Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V.
- Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e.V.
- Genshagener Kreis e.V.
- Handwerkskammer Berlin
- Industrie- und Handelskammer zu Berlin
- INTOURA e.V.
- Landessportbund Berlin e.V.
- Ostdeutscher Bankenverband e.V.
- SIBB // Verband der Digitalwirtschaft Berlin-Brandenburg e.V.
- Stiftung Zukunft Berlin
- Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V.
- Verband Berliner Verwaltungsjuristinnen und Verwaltungsjuristen e.V.

Quelle: IHK Berlin

<https://bbu.de/beitraege/berliner-wirtschaft-notwendige-naechste-schritte-bei-der-verwaltungsreform>